13

SCHWEIZ

„... vielleicht, dass es Dollars sind“

Eine Beschuldigung wurde erhoben. — Um die «Lex Feldmann»

(A.) Monsieur Borel, ein Freisinniger aus Genf, schreibt unter dem Zeichen «-el» in der «National-Zeitung»:

«Käufliche Presse? Unter diesem Titel hat die in Genf erscheinende ‚Vie Protestante‘ in ihrer Nummer vom 11. Januar einen Auszug des ‚Bulletin du Centre protestant d’études‘ aus einem Gespräch mit Professor Karl Barth wiedergegeben, in dem dieser Theologe schwere Beschuldigungen gegen die Presse im allgemeinen und gegen diejenige unseres Landes im besonderen erhob. Danach soll Karl Barth unter anderem wörtlich erklärt haben: ‚... Haben Sie nicht auch oft den Eindruck, dass man genug von den Zeitungen hat? Sie lügen alle, alle... auch unsere braven Schweizer Zeitungen, die voller Lügen sind. Man spürt irgendetwas dahinter, vielleicht dass es die Dollars sind?!‘ Während der Vorwurf des Lügens die Presse im ganzen trifft... soll die weitere Beschuldigung, Dollars zu beziehen, um die eine oder andere Haltung einzunehmen, offenbar nur für einen Teil der Schweizer Zeitungen gelten. Aber das ist so schwer, dass das Genfer Protestantenblatt Barth die Frage vorlegt, auf welche Zeitungen sich seine Anspielungen bezogen, und die Forderung nach der Nennung von Namen erhebt. Die ‚Vie Protestante‘ erklärt, dass, um derart schwere Angriffe gegen jemanden zu erheben, man im voraus seiner Sache sicher und imstande sein müsse, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten...»

Im weiteren wird Professor Barth ultimativ gedrängt, sich unbedingt zu «erklären». Es wird mit ihm untersuchungsrichterlich umgesprungen und recht eigentlich gedroht.

Es soll aber niemand dümmer tun als er ist.

Es soll keiner, der ahnungsvoll ist, sich ahnungslos stellen.

Karl Barth braucht bestimmt keinen Verteidiger. Wenn er sich erklären will, ist er Manns genug, das selbst zu tun. Er spricht wann und was er will, und er antwortet auch wann und was er will! Diese Art ist aber recht selten in der Schweiz von 1952!

Der Vorwurf, dass es fremde Einflüsse in einem Teil der in der Schweiz verbreiteten Presse gebe, musste in den Jahren seit 1947 (Marshallisierung) immer öfters erhoben werden. Zu dem Begriff «Presse» sind auch andere Instrumente der Volksbeeinflussung zu rechnen!

Für heute sagen wir nur das Eine: Es besteht ein System der politischen Lenkung der Inserate und Inseratenaktionen für USA-Artikel in der Schweizer Presse. Der «Vorwärts» machte schon zahlenmässige Angaben darüber.

Es sind gerade jene Cliques, die am niederträchtigsten gegen uns hetzen, die über die allerengsten Beziehungen zu den Institutionen der USA-Hetze verfügen.

Dafür nur ein Beispiel:

Monsieur Paul Ladame schrieb ein Exposé an Mister X und unterbreitete den Plan, eine pro-amerikanische Zeitung in Genf herauszugeben. Es ging um 20 Millionen Franken.

Der Fall ist ganz klar.

Aber Paul Ladame ist nach wie vor politischer Sprecher am schweizerischen Radio.

Er spricht dort, wie er in seiner finanzierten pro-amerikanischen Zeitung schreiben wollte. Nur die «Voix ouvrière» und der «Vorwärts» gaben diesem Skandal den richtigen Namen. Alle anderen Zeitungen schwiegen und verschwiegen. Warum? Es ist eben verboten, über die amerikanische Hetze und Beeinflussung in der Schweiz offen zu sprechen. Aber auch dem Theologen Professor Karl Barth fällt eine wichtige Erscheinung auf.

Jetzt kommen gewisse Tintenfische und verlangen, ein politischer Mensch müsse sein politisches Urteil juristisch genau und dokumentarisch beweisen, wie ein Untersuchungsrichter oder ein approbierter Staatsanwalt. Nein, das

ist nicht notwendig und ist auch gar keine Pflicht!

Politische Eindrücke und Werturteile können und dürfen gefällt werden, ohne dass sie wie in einem Gerichtsprozess nach Strich und Faden paragrafenmässig bewiesen werden müssen. Würde das gelten, so könnte ein politisches Werturteil überhaupt nicht mehr gefällt werden.

Aber gerade das möchte ja die Reaktion erreichen. Deshalb soll jetzt der Nationalrat auf Antrag des Bundesrates einen neuen Artikel der Bundesverfassung beschliessen, der den Reaktionären in den einzelnen Kantonen die Pressefreiheit unterstellt.

Weil wir wollen, dass Schweizer wie der Theologe Karl Barth, der Historiker J. von Salis, Oberstkörpskommandant Heinrich Iselin, Fritz Wartenweiler und viele andere offen reden, schreiben und urteilen können, ohne von einer neuen politischen Inquisition bedroht werden zu können, deshalb wenden wir uns gegen diese «Lex Feldmann»!